

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Verantwortlicher Hr. 63 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schleswig-Holstein

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte, 11 Zeilen, 1000
oder deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 85.

Herford, Montag, den 12. April 1920

30. Jahrgang

Fragen an die Frauen der deutschen Volkspartei

Von Eleonore Kraussold, Herford.

Mit wachsendem Staunen sehen wir die framphaften Verzerrungen in den Zeitungsartikeln der Rechtsparteien, mit denen diese die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit von ihrer mehr oder weniger unklaren und verdächtigen Haltung während der Rapptraktatkommission ablenken wollen. Statt in ehrlichem Ringen nach den Ursachen des neuen nationalen Unglücks, das doch alle Volkskreise ohne Ausnahme getroffen hat, zu forschen und dabei nach dem bekannten pädagogischen Satz „die Schuld bei sich zu suchen“, zu verfahren, halten sie es für zweckmäßiger, nach der ersten Methode des „Haltet den Dieb“ zu handeln. Nach Ansicht der Frauen der Deutschen Volkspartei (Else Frobenius: Dem. Frauen, Generalstreik und Völscheismus) haben wir Demokraten durch die Beteiligung am Generalstreik den ärgsten Verrat, der jemals am Volke verübt worden ist, auf uns geladen. Dabei überflieht Else Frobenius nach der bereits oben gekennzeichneten Methode, daß die Anwendung des Generalstreiks erst hervorgebracht wurde durch den unverantwortlichen Umsturzversuch, für den zum mindesten mittelbar der Boden durch die gewissenlosen Heßereien nicht nur der Deutschnationalen, sondern auch der Deutschen Volkspartei bereitet worden ist, eine Kampfmethode, von denen sich beide ja auch jetzt nicht freimachen können. Mit Herzensangst haben wir demokratischen Frauen diesem gewissenlosen Treiben, das von einer politischen Kurzsichtigkeit und falschen Einschätzung der gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse zeugt, zuzusehen müssen, ohne ihm unsererseits Einhalt tun zu können. Immer wieder haben wir das Volk aufgerufen zur Sammlung auf das eine allen doch gemeinsame heilige Ziel des Wiederaufbaues. Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, die den Gang der Ereignisse in den Tagen des 13. März mit offenen Augen und heißem Herzen verfolgt hat, der mußte allerdings den Generalstreik — trotz aller Versicherungen, die wir ja schon viel länger als naturnotwendige Wirkung keines Eintretens und letzten Endes der unauflösbaren mit Entstellung und anderen unfeinen Mitteln arbeitenden Kampfweise der Rechtsparteien gegen die Autorität der herrschenden Staatsgewalt voranzuführen als ultima ratio zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes gutheißen. Weshalb haben nicht die Frauen der Deutschen Volkspartei dahin gewirkt, daß sofort nach Bekanntwerden des verbrecherischen Versuchs von Rapp und Genossen eine ganz unzweifelhaftige Abgabe und ein offenes Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Regierung erfolgt ist? Wir demokratischen Frauen, die wir allerdings des frohen Glaubens sind, unsere Pflicht getan zu haben, fragen anlagend: Wie haben die Frauen der Deutschen Volkspartei das Recht der verfassungsmäßigen Regierung des deutschen Volkes in der kritischen Stunde geschützt? Auch eine Unterlassungssünde bleibt eine Sünde! Die schwer belastenden Worte von der Ueberführung der provisorischen Regierung in eine verfassungsmäßige stehen doch einmal für alle Zeit in der ersten offiziellen Kundgebung der Deutschen Volkspartei und auch die Haltung der Parteiorganisationen an einzelnen Orten haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die große Mehrheit ihrer Mitglieder mit dem Vorgehen Rapps zum mindesten sympathisierte. Wir Demokraten sind auch in der Praxis gezeichnet. Wir Demokraten sind auch in der Praxis gezeichnet. Wir Demokraten sind auch in der Praxis gezeichnet.

Daß selbst der politische Streik zu einem „Mittel“ werden kann in Zeiten wie den unsrigen, wo es uns ganz geht, das haben auch viele Demokraten erst jetzt mit leisem Verwundern und nicht ohne Baagen bei dem Gedanken an vorschnelle oder häufige Anwendung dieses letzten Mittels erlebt. Gerade die Deutsche demokratische Partei, deren leuchtende Ziele Recht und Freiheit für die Gesamtheit des Volkes sind, wird stets die Anwendung jedes Gewaltmittels mit innerstem Widerstreben und nur in der äußersten Not billigen.

Wer ist aber denn daran Schuld, daß man überhaupt

Das Neueste vom Tage.

Die Meldung, daß die Reichsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausländerausweisungen von Reichswegen über die Einzelregierungen hinweg plane, entbehrt jeder Begründung.

Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse faßte einstimmig eine Entschlieung, in der Einspruch gegen die Befehle rechtsrheinischer Städte durch Frankreich erhoben wird.

Das Abkommen zwischen Deutschland und Holland betr. einen Lebensmittelfredit von 25 Millionen ist unterzeichnet worden.

Die vier Hauptgewinne von je einer Million Mark der deutschen Sparprämienanleihe von 1919 fielen auf Gruppe 1415 Nr. 250 Reihe A-D und die vier Hauptgewinne von je 500 000 Mark auf Gruppe 1605 Nr. 67 Reihe A-D.

Eine Verkürzung des Protes ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

In Dresden sind die Angestellten der Großbanken in den Ausstand getreten, da es nicht gelungen ist, die Anerkennung des Reichstags durchzusetzen.

Die bairischen Einwohnerwehren protestieren gegen ihre Auflösung und wollen dieser stärksten Widerstand entgegensetzen.

Bei der Urabstimmung der Chemnitzer Arbeiterchaft über einen zu proklamierenden Generalstreik beim Einrücken von Reichswehrtruppen ins Vogtland und das Erzgebirge ergab sich eine Ablehnung mit 22 000 gegen 14 000 Stimmen.

Lloyd George ist auf dem Seewege in San Remo eingetroffen. Vor seiner Abreise in London hatte er erklärt, es sei lächerlich, anzunehmen, daß er abichtlich die Fahrt über Paris vermeide; seine Reise auf dem Seewege sei schon seit längerer Zeit getroffen worden.

Der Direktor der Hapag Cuno ist in New York eingetroffen, um mit den Schiffsverkehrsbehörden Besprechungen über eine Zusammenarbeit der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Schiffsverkehrsamt abzuhalten.

In Yokohama streiken 5000 Hafenarbeiter.

zu diesem Mittel als Kundgebung des Volkswillens greifen mußte? Wie kommt es denn, daß man im Ruhrgebiet so schwer des Bolschewismus Herr wurde? Daran war doch nicht der Generalstreik Schuld, sondern die Durchsetzung eines Teiles der Reichswehr mit arbeiterfeindlichen Elementen und die demagogische Ausbeutung der Leidenschaft des lange unterdrückten Volkes durch das strupellose Gebahren der früheren „herrschenden“ Kreise in den letzten Monaten. Das ist der tiefere Grund, weshalb die Arbeiterbevölkerung des Ruhrreviers die Reichswehr unterschiedslos als Instrument der Reaktion ansah und wodurch die Verblendung bei den leidenschaftlichen Führern hervorgerufen wurde. Wohl in keiner Rede unserer demokratischen Politiker hat seit langem die ernste Warnung gelehrt, daß die Diktatur von rechts mit einer solchen von links beantwortet werden würde. Aber man hat uns nicht gehört!

Des weiteren behauptet Else Frobenius recht unlogisch: „Sie (die Demokraten) würden sogar die Hand dazu geben, den Bolschewismus einzuführen, um nur die Rechte auf immer der Macht zu berauben.“ Kurz darauf erklärt die Verfasserin des angezogenen Artikels aber selbst: „Die Schreiberin würde zwar eine Diktatur des Bolschewismus auch ablehnen.“ Diese Feststellung der Volksparteilerin genügt ja um ihre zunächst aufgestellte Behauptung wieder umzustossen. Wir Demokraten verurteilen die Diktatur in jeder Form — komme sie von rechts oder links, — denn sie bedeutet Klassenherrschaft statt Volksherrschaft. Es gibt aber zu denken, wenn eine Volksparteierin betont: „daß es einen Unterschied macht, von wem eine Diktatur ausgeht“, und dabei auf die Diktatur Napoleons als Erlösung nach der blutigen Räderherrschaft hinweist. Es wird gewiß von vielen auf der Rechten darüber getrauert, daß Rapp keine Napoleonnatur war. Für uns bleibt bei beiden nur ein gradweiser Unterschied in der Art der Bedrückung und der Anzahl der Verwundeten. Der Kampf von rechts erstreckt offen oder

heimlich eine Wiederherstellung früherer Vorrechte einzelner Bevölkerungsschichten, also unsoziales Recht. Für die demokratische Idee sind aber sowohl das Machtstreben von links wie das von rechts unverträglich und müssen zur völligen wirtschaftlichen und politischen Vernichtung unseres Volkes führen. Ob aber die Deutsche Volkspartei nach ihrer ganzen Haltung als der berufene Führer zum Wiederaufbau angesehen wird, das muß unser Volk bei der kommenden Wahl zeigen.

Nur der demokratische Gedanke in strengster Durchführung vermag unsere Volksgenossen in Recht und Pflicht zur lebensfähigen, zukunftskräftigen Volksgemeinschaft zu binden.

Das französische Gewaltregiment in Frankfurt.

Die deutsche Regierung hat in sehr geschickter Weise den Friedensbruch der Franzosen dem Völkerverbund unterbreitet, der damit zum ersten Male vor eine schließliche Aufgabe gestellt wird. Man wird über das deutsche Ersuchen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können, denn damit wäre die Versailleschöpfung des Völkerverbundes vor aller Welt lächerlich gemacht.

Das französische Gewaltregiment, das sich kalt berechnend über Recht und Vertrag hinwegsetzt, wird täglich mehr zu einer schweren Gefahr für Europa. Das scheint England erkannt zu haben, und darum auch sein Protest. Der englische Ministerpräsident ist inzwischen nach San Remo abgereist, um mit seinem italienischen Kollegen die Lage zu besprechen.

In Deutschland hat die französische Frechheit eine einmütige Protestaktion ausgelöst, die alle Parteien umfaßt. So hat die Essener Stadtverwaltung gegen das Vorgehen der Franzosen feierlich Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß im Ruhrgebiet ohne die Reichswehr das Chaos gekommen wäre. Wie erregt die Bevölkerung ist, zeigt sich darin, daß es auch in Darmstadt zu Zusammenstößen mit Franzosen gekommen ist. Die Frankfurter sollten für ein Fahrrad, das einem französischen Jäger abhanden gekommen ist, eine Kontribution von 10 Fahrrädern und 10 000 Goldmark aufbringen, in letzter Stunde hat der französische Befehlshaber auf das Geld verzichtet. Einen erfreulichen Standpunkt haben die Eisenbahner eingenommen. Sie haben der Besatzungsbehörde eine Entschlieung überreicht, in welcher den Franzosen jedes Recht abgesprochen wird, über die Eisenbahnbeamten zu verfügen.

Von sonstigen Nachrichten aus dem besetzten Maingebiet verzeichnen wir hier folgende:

In den letzten beiden Tagen wurden 28 Personen bestraft aus ganz willkürlichen Gründen. — Der Leiter von Wolffs Telegraphen-Büro wurde zu 5000 M Geldstrafe verurteilt, weil er wahrheitsgemäß über den Vorfalle in der Hauptwache berichtet hatte. Aus demselben Grunde mußte der Frankfurter Generalanzeiger die gleiche Strafe bezahlen.

Belgien in der Gefolgschaft Frankreichs.

dd. Paris, 12. April. (Eigene Drahtmeldung). Der belgische Gesandte in Paris hat der Regierung offiziell mitgeteilt, daß Belgien sich an dem französischen Schritt beteiligen werde. Nach Brüsseler Nachrichten soll die Regierung entschlossen sein, ihre Eisenbahnlinien und das Eisenbahnmateriale zur Verfügung zu stellen.

Geteilte Auffassung im engl. Kabinett.

dd. Paris, 12. April. (Eigene Drahtmeldung). Nach einer Meldung des New York Herald waren die Ansichten im englischen Kabinett bei der Entscheidung über den französischen Vorschlag geteilt. Ein Teil der unionistischen Minister stimmte gegen Lloyd George, während die Minister, die der Arbeiterpartei angehören, sehr fest auf seiner Seite waren.

dd. Paris, 12. April. (Eigene Drahtmeldung). Der Matin vom 10. April wirft die Frage auf, ob es möglich sei, daß der Wortlaut der englischen Note vor seiner Veröffentlichung noch Änderungen erfahre. Das Blatt meint, dies sei nicht ausgeschlossen, wenn man bedenke, daß die Erklärungen Lord Curzons Ungenauigkeiten oder doch wenigstens offenbar Vorsichtnahmen enthält, die im amtlichen Text nicht aufrecht erhalten werden können. Italien und die Vereinigten Staaten hätten ihre Ansicht noch nicht geäußert.

Frankreichs Bedingungen für den Abzug.

dd. Rom, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Berichterstatter der Idea Nazionale meldet, Frankreich sei bereit, Frankfurt zu räumen, wenn die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen würden. In einigen Kreisen versichert man, das Abziehen der Franzosen sei eine Frage von einigen Tagen.

dd. Frankfurt (Main), 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die städtische Nachrichtenstelle teilt mit, daß bei den Vorgängen auf dem Schillerplatz auch ein britischer Staatsangehöriger zu Schaden gekommen ist. Er wurde von der Menge tödlich angegriffen und sein kinematographischer Apparat zerstört. Der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister haben dem britischen Generalkonsul ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

Ruhrgebiet.

Nachrichten von militärischer Seite behaupten, daß sich die Rotgardisten zwischen Gagen und Elberfeld zu ernsthaftem Widerstand sammeln. Die Meldung darüber lautet:

Witb. Münster, 10. April. Von militärischer Seite verlautet: An den Fronten haben keine größeren Ereignisse stattgefunden. Rote Truppen sammeln sich im Abschnitt Gebelberg-Schwelm-Barmen-Elberfeld-Remscheid. Hier soll Widerstand bis zum äußersten geleistet werden. Die Stärke der anstehenden Roten Armee Elberfeld-Barmen ist 6000 Mann, die sich jedoch bei einem Angriff der Reichswehr sofort auf ca. 16.000 erhöhen würde. Dazu kommen noch die sich jetzt auf Barmen zurückziehenden Rotgardisten aus dem anderen Industriegebiet, so daß man mit einer Gesamtzahl von 35.000 Mann zu rechnen hat. Die Arbeiter des Bezirks Gagen wollen zur Lösung der Reichswehrtruppen ihre roten Armbinden mit weißen vertauschen, um so den Anschein zu erwecken, als ob sie auf dem Boden der Verfassung ständen. In Abgabe der Waffen denkt kein Mensch. Man will den versprengten Rotgardisten die Waffen abnehmen und die so erbeuteten Waffen abliefern, den Gagenen Arbeitern aber diese belassen. Falls die Regierungstruppen einmarschieren sollten, beabsichtigt man, diese, wie die Lichtschlag-Truppe, zu überfallen. Dieser Überfall soll der Wehr für die ganze U. S. P. D. und R. P. D. sein. Infolge der guten Bewaffnung und Organisation rechnet man bestimmt mit dem Gelingen dieses Planes.

Die gegen die Reichswehr von radikaler Seite erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Nach allem, was uns mitgeteilt ist, haben sich die Truppen große Zurückhaltung auferlegt. Die bayerische Schützenbrigade stellt das ausdrücklich fest. Wie die Roten Banden gehandelt haben, ist daraus ersichtlich, daß der in Essen bisher festgestellte Schaden 10 Millionen, in Dortmund vier Millionen ausmacht.

Kettlinghausen hat einen Schaden von 500.000 Mark bisher angemeldet. Vor ihrem Abzug aus Kettlinghausen haben die Rotgardisten die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge im Amtsgebäude K. Süd vollständig ausgeraubt. In Datteln sind drei blühende Handrechtlich erschossen. In Wälsheim kam es zwischen Truppen und Pferdebesitzern zu einem Kampf, bei dem zwei Pferdebesitzer erschossen wurden. Die Verluste der Regierungstruppen belaufen sich für die Zeit vom 15. März bis 4. April auf: Tote 172 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, Vermisste: 247 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Die Vermissten haben sich zum größten Teil bei ihren Truppenteilen wieder eingefunden, einige werden noch von den Aufständischen gefangen gehalten.

Sehr bedenklich würde es sein, wenn die Aufständischen und Plünderer, welche nach dem 2. April mit den Waffen in der Hand angetroffen sind, begnadigt würden. Wir wehren uns dagegen, daß Langmut dem Verbrechen gegenüber geübt wird. Das darf nicht sein, und niemand würde das verstehen.

Bestialischer Mord durch Rotgardisten.

Essen, 10. April. In einigen Zeitungen wurde berichtet, daß bei den Kämpfen um Hamborn am 22. März auch der Direktor Sebold von der Zeche „Lohberg“ durch einen Zufallstreff mit Tode gekommen sei. Aus einem Bericht der Gewerkschaft Friedrich Thissen, der Eigentümerin der Zeche, geht hervor, daß Sebold in schauerlicher Weise zu Tode gequält worden ist. Die Gewerkschaft schreibt: Die Wohnung des Direktors Sebold lag am 22. März zwischen den beiden Fronten. Von den spartakistischen Truppen wurde wahrheitswidrig behauptet, Sebold habe das Artilleriefeld der Reichswehr geleitet. Sebold wurde nun gezwungen, Munition an die Front zu schleppen. Während der Nacht wurde er in einen Schweinefall gesperrt. Am anderen Morgen holte man ihn heraus und mißhandelte ihn mit Bajonetten und Mistgabeln, worauf er in ein Waldchen gerückt wurde, wo man ihn mit Gewehrkolben den Schädel einschlug. Dann wurden ihm noch Handgranaten an den Kopf gebunden und zur Explosion gebracht. Zwei der Täter sind festgenommen.

Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Frankreich.

dd. Kopenhagen, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Kopenhagen wird hierher gemeldet, daß Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Rußland Mitte Mai in Danzig stattfinden sollen.

Kriegserklärung Japans an Rußland?

dd. Kopenhagen, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune bringt ein Telegramm, wonach Japan an Sowjetrußland den Krieg erklärt haben soll. Weiter wird aus Kopenhagen gemeldet, daß japanische Truppen die Städte Nikolajewsk und Chabarowsk am Amurfluß besetzt haben.

Eisenbahnerstreik in Amerika.

dd. Haag, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Aus New York wird gemeldet, daß eine Million Eisenbahnbeamte sich dem wilden Streik der Weichensteller angeschlossen haben.

Deutsches Reich.

dd. Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, beschäftigte sich der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung schon seit einiger Zeit mit den

gegenrevolutionären Mächten in Pommern. Insbesondere ist der Meldung, daß Rittwitz und Major Bischoff sich in Pommern befinden, nachgegangen worden. Alle diesbezüglichen Mittel sind sofort ergriffen worden.

Wie es zum Putsch kam.

Nach dem Ausbruch überraschend, die Gegenrevolution hat eigentlich jeder Mensch kommen sehen. Abg. Erlenz erinnert in der „Hilse“ mit Recht daran, was alles ihr vorausging:

Vielleicht war die Last der Stunde, das Trommelfeier der täglichen Forderungen, Beschwerden und Wünsche von allen Seiten so groß, daß Dinge wie die folgenden sich täglich ereigneten und niemand etwas dagegen unternahm. Man denke an die tolle Hege gegen den Untersuchungsausschuß, an die provozierenden Aus- und Umzüge der Ludendorffer bei dieser Gelegenheit. Man denke an die systematische Entfernung aller republikanischen Offiziere aus der Armee, an die ebenso planvolle Entfernung aller freigesetzten Mannschaften und ihre Erziehung durch junge Leute vom Lande. Die zahllosen Sprengungen, besonders von pazifistischen Versammlungen, durch Reichswehrsoldaten blieben ungerochen. Die angelegten „Unterfuchungen“ ergaben stets, daß kein Täter aufzufinden war. Politische Attentate von links wurden erschossen oder auf Jahre und Jahrzehnte in Zuchthäuser gesperrt. Politische Mörder von rechts wurden verschminkt, milde bestraft. In Berlin konnte ein politischer Prozeß gegen Erzberger mit einer erschauenden Rücksichtslosigkeit gegen den antizierenden und andererseits mit einer sehr zarten Behandlung eines ehemaligen Ministers aus wohlmeinlichen Zeiten geführt werden. Die Steueraktoren Erzbergers wurden aus dem amtlichen Gewahrsam geholt, fotografiert, wieder an Ort und Stelle gelegt. Als Ergebnis einer Untersuchung wurde höhnisch verkündet, daß vielleicht aus den Reihen der Steuerassistenten dieser Diebstahl geschehen sei. Und der „Sering“, der für diesen Hohn sowohl wie für den Diebstahl selbst formell verantwortlich war, blieb im Amt. Und so konnte man eine ellenlange Liste aufstellen bis hin zu dem Aufzuge mit Musik von Hunderten in Gala gekleideten Offizieren und Kadetten durch die Berliner Straßen, bis hin zu der böswilligen Mißachtung gegen die republikanischen Farben.

Ein preussischer 20-Milliardendredit.

Der Preussische Landesparlament ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Jahr 1920 zugegangen. Nach diesem Entwurf wird der Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 5.623.728.845 M. festgelegt. Die ordentlichen Einnahmen betragen 5.617.716.545 M., die außerordentlichen 6.012.300 M. Die dauernden Ausgaben stellen sich auf 4.716.406.815 M. Beigefügt ist dem Entwurf der Haushaltsplan der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse für das Jahr 1920. Die Einnahmen betragen 3.000.000 M., die Ausgaben 4.488.921 M. Für das Rechnungsjahr 1920 können auf Anordnung des Finanzministers Schatzamtsweisungen oder Wechsel in Höhe von 20 Milliarden Mark ausgegeben werden, die aber vor dem 1. Januar 1922 verfallen müssen.

Die Deutsche Volkspartei und der Staatsstreich.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ feiert in ihrer Ausgabe vom 22. März die angebliche Realpolitik des Abg. Dr. Stresemann, dessen „unermüdlicher Vermitteltätigkeit“ es gelungen sei, das Interregnum Rapp zu beseitigen und einen „vollen Erfolg“ zu erzielen. — Daraus ist zu erwidern, daß gerade Dr. Stresemann als erster der Rapp-Regierung mehr als indirekte Hilfe geleistet hat. Beweis: Sofort nach dem Staatsstreich hat die Deutsche Volkspartei noch am 13. März einen Aufruf veröffentlicht, der sich von jeglichem Vorwurf gegenüber Rapp fernhielt, sich vielmehr durch die Erklärung: Wir fordern die schnelle Ueberleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige mit den durch die Empörer vorläufig geschaffenen Verhältnissen vollständig ab und deshalb vielfach als eine Fälschung angesehen worden ist. Weiteren Kreisen erschien es unglaublich, daß die Deutsche Volkspartei sich so wenig verfassungstreuen erwiesen haben sollte, daß sie den Verfassungsbruch Rapps ohne jeden leiblichen Vorwurf einfach als Tatsache hingenommen haben sollte. Nun bestätigt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß der Aufruf vom 13. März wirklich echt und von Dr. Stresemann ausgegangen ist. Trotzdem bringt es die „Nationalliberale Korrespondenz“ jetzt in ihrer Ausgabe vom 22. März fertig, zu behaupten:

„Daß die Deutsche Volkspartei dem militärischen Handreich, durch den Herr Rapp die politische Gewalt auf kurze Zeit in Berlin an sich gerissen hat, auf das schärfste verurteilt, ist nach ihrem ganzen Programm und ihrem ganzen Wesen selbstverständlich.“

Wie in Wirklichkeit die „schärfste Verurteilung“ des Staatsstreiches von Rapp innerhalb der Deutschen Volkspartei auch sonst zum Ausdruck gekommen ist, ergibt sich aus nachstehenden Mitteilungen:

Die Ortsgruppe Essen der Deutschen Volkspartei hat nach der „Alten-Westf. Zeitung“ vom 14. März am 13. März eine Erklärung für Rapp veröffentlicht, in der es heißt:

„Neue Männer haben die Geschicke von Volk und Vaterland in die Hand genommen. Neuwahlen zum Reichstag sollten entscheiden, wenn das deutsche Volk sein Vertrauen übertragen will. Ruhe und Ordnung ist die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. — Folgt den Weisungen der Obrigkeit!“

„Folgt den Weisungen der Obrigkeit“, die fordern die Obrigkeit gestützt hat! Eine eigenartige Mahnung der Deutschen Volkspartei am Tage eines Staatsstreiches gegenüber einer „Obrigkeit“, die sich durch Bruch der Verfassung die Staatsgewalt angemacht hat.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ des Abg. Baumeister hat am 13. März (Nr. 128) in einem W. B. (also offenbar von dem Verleger Walter Baumeister selbst) gezeichneten Artikel den Urheber des Staatsstreiches Dr. Rapp verherrlicht als Mann der „großen Tat“:

„Es wird seine Aufgabe sein, der Probleme Herr zu werden, vor die seine Tat das deutsche Volk gestellt hat, und wenn ein Mann ihrer Herr werden kann, so ist es er, wie wir ihn kennen. ... Auch die Arbeiterschaft muß schnellstens empfinden, daß der Umsturz nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Lebenslage in allen Volksschichten mit sich bringen wird.“

So ganz „selbstverständlich“, wie es jetzt die „Nationalliberale Korrespondenz“ hinstellen möchte, ist also in der Deutschen Volkspartei „die schärfste Verurteilung“ des Staatsstreiches von Dr. Rapp solange als sein Mißerfolg noch nicht aller Welt klar war, doch keineswegs gewesen. Im Gegenteil! Der Aufruf vom 13. März war ein Bekenntnis zu Rapp!

D. P. K.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

12. April.

Zur Klärung der Gemeinde-Finanzverhältnisse.

Das Dunkel, das über der Gestaltung der Gemeindehaushaltspläne für 1920 lastet, beginnt sich allmählich zu lichten. Die Bemühungen des Vorstandes des Deutschen Städtetages haben noch vor der Verabschiedung der Reichsteuergesetze dazu beigetragen, einen Ueberblick der künftigen Finanzreform zu gewähren.

Wenn auch die Reichseinkommensteuer in voller Höhe vom Reich selbst erhoben wird, sollen davon doch zwei Drittel den Ländern und Gemeinden überwiesen werden. Auch bei der Körperschaftsteuer ist der gleiche Anteil in Aussicht genommen. Wie sich die Länder und die Gemeinden in ihrem gemeinsamen Anteil endgültig teilen werden, steht noch nicht fest und wird landesgesetzlich zu regeln sein. Von besonderem Werte ist es für die in ihrer Finanzlage schwer bedrohten Gemeinden, daß ihnen wenigstens das Aufkommen aus der Einkommensteuer des Jahres 1919 mit einem Aufschlag von 6 v. H. einschließlich aller im Februar 1920 beschlossenen Zuschläge gesichert bleibt, soweit es sich um das kommende Rechnungsjahr handelt.

Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bleibt den Ländern und Gemeinden im vollen Umfang zur Verfügung. Von der Umsatzsteuer sind 5 v. H. den Gemeinden zugestanden, von der Grunderwerbssteuer ein Zuschlag von 1 v. H. des Wertes. Die Haushaltspläne der Gemeinden müssen für 1920 alle bisher als außerordentliche Aufwendungen außerhalb des laufenden Etats gebuchten Kriegsausgaben in sich aufnehmen. Dazu gehören vor allem die Teuerungszulagen, die erhöhten Arbeiterlöhne, die Zinsen und Tilgungsbeträge der für Kriegsaufwendungen gemachten Anleihen und dergleichen.

Es darf die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß das Reich den Gemeinden die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der städtischen Kriegsanleihen ebenfalls wie die Mindbeträge der Familienunterstützungen erstatten wird. Aber auch die Gemeinde-Zuschläge für die Kriegsfamilien und die umfangreichen Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke (Kasernen, Liebesgaben, Zuschüsse für den Nationalen Frauendienst und ähnliche Veranlassungen der freien Kriegsfürsorge) gehören dazu und sind reichzeitig zu erstatten, wenn nicht das Gleichgewicht der städtischen Haushaltspläne künftig in der empfindlichsten Weise gefährdet werden soll. Leider ist auch hiermit noch keineswegs die Gewähr dafür gegeben, daß einigermaßen geordnete Verhältnisse in den Stadtfinanzen eintreten werden. Nach einer Verprechung zwischen dem Finanzreformauschuß des Deutschen Städtetages und dem Vorstand der Finanzdeputierten-Vereinigung wird es unbedingt notwendig sein, neben der äußersten Sparsamkeit, die selbst bei wichtigen Bildungsaufgaben durchaus geboten ist, nach der Erhöhung der verfügbaren Einnahmen aus allen Arten Umschau zu halten. Man muß sich auf scharfe Steigerung der Gebühren, Schulgelder, Krankenhausätze u. dgl. bedauerlicherweise gefaßt machen. In dieser Beziehung ist es sehr bezeichnend, daß in einer Stadt Westdeutschlands das Schulgeld für die höheren Schulen schon bis zu 600 M. jährlich erhöht werden müssen; man rechnet mit dem Drohen einer weiteren Erhöhung bis zu 1200 M. Man hat weiter dort die Verpflegungssätze der Krankenanstalten auf 12 M. täglich heraufsetzen müssen und ist in den Volksschulen notgedrungen dazu übergegangen, die bisher maßgebende Ziffer für die Schülerzahl heraufzusetzen — eine Maßregel, deren Wirkung schwere Bedenken gegen ihre Zulässigkeit selbst in dieser Zeit der Bedrängnis bei allen Freunden der Jugendbildung und Jugendfürsorge hervorrufen muß.

agv. Baukosten und Einkommen. Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Bau- und Wohnungsmarkt gestalten sich von Tag zu Tag schwieriger. Die vom Reich als zinsloses Darlehen zur Herstellung von Wohnungen zu gewährenden Beihilfen betragen für ländliche Gegenden 165 M. für städtische 180 M. pro Quadratmeter bebauter Wohnfläche. Die Gemeinden sollen zu diesen Beträgen ein Drittel beisteuern; beispielsweise für ein kleines Haus mit zwei Zimmern und Zubehör und einer zu beleuchtenden Fläche von 70 Quadratmetern käme ein Reichsdarlehen von 11.550 bzw. 12.600 M. in Frage, hierzu das Gemeindegeld mit 3850 bzw. 4200 M., so daß ein Gesamtdarlehen von 15.400 bzw. 16.800 M. entsteht. Ein solches Haus hat etwa 450 Kubikmeter umbauten Raum. Der Kubikmeter steht heute auf etwa 100 M. Das Baugrundstück selbst soll nur mit 3000 M. veranschlagt werden. Das ergibt einen Kostenanschlag von 48.000 M. Also müßte der Erbauer eine Summe von 32.600 bzw. 31.200 M. aufbringen. Das bedeutet bei einer Verzinsung von 6 v. H. einen Mietwert von 1956 bzw. 1872 M. Wenn man berücksichtigt, daß die Wohnungsmieten etwa den fünften Teil des Gesamteinkommens ausmachen darf, so müßte dieses mindestens 10.000 M. pro Jahr betragen.

— Hinausführung der ersten Veranlagung zur erhöhten Umsatz- und Grunderwerbsteuer. Die Umsatzsteuer ist für gewerbliche Unternehmen nach Steuerabschnitten zu entrichten. Dieser Steuerabschnitt beträgt nach § 33 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 für die nach §§ 15, 21 des Gesetzes mit 15 Prozent Grunderwerbsteuerpflichtigen Hersteller- und Kleinhandelsbetriebe sowie für die nach § 25 des Gesetzes wegen besonderer Leistungen (Uebernahme von Anzeigen, Beherbergung, Verwahrung, Reittiervermietung) mit im allgemeinen 10 Prozent erhöht

Lichtspielhaus Wittenfeld

Höckerstraße 5. Fernsprecher 690.

Heute Montag:

// ein Dauer-Programm! //

Ab 6 1/2 Uhr: „Zigeunerleidenschaft“

Drama, 5 Akte.

Ab 8 Uhr: „Eine unruhige Nacht“

Lustspiel, 3 Akte.

Ab 8 1/2 Uhr: „Liebesfugungen des Ram-
phers“

Drama, 4 Akte.

Ab 9 1/2 Uhr: „Dem Glück entgegen“

Filmspiel, 5 Akte.

Mit wirklichem Wohlgefallen folgt
man dem reizenden Spiel des letzten
Films, dessen Hauptrolle neben Karl
Bederlachs verkörpert wird von
dem neuen Star am Filmhimmel

Hilde Wolter

der jugendl. bezaubernden Schönheit.

Brinkmanns Theater.

Telef. 873. Dir. Willy Tholen. Telef. 873.

Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr:

Großer Operettenabend mit vollem Orchester!

Lebte Operetten-Aufführung! Dritte Vorführung!

„Der Bettelstudent“

Operette in 3 Akten von F. Zell.

In den Hauptrollen: Frau und Herr Dir. Tholen, Frau. Lotte

Kiden ufw.

Operettenpreise! Vorverkauf bei Korkamp!

Handwerker-Versammlung!

Handwerker und Handwerkerinnen werden auf
Donnerstag, den 15. April cr., abends
7 Uhr, in das Vereinshaus zu Herford
eingeladen.

Tagesordnung.

1. Die neuen Steuererlasse.
 2. Die wirtschaftspolitische Vertretung des Hand-
werks durch den westf.-lipp. Handwerkerbund,
Referent Dr. Sadmann, Dortmund.
 3. Krankenkasse für selbständige Handwerker.
 4. Betriebsrätegesetz, Mitteilungen.
- Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird
um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Handwerksamt. Handwerkskammer.

Haus- und Grundbesitzerverein, Herford.

Am Dienstag, den 13. April, abends

8 Uhr, findet im Bürger-Verein eine

erweiterte Vorstands-Sitzung

statt, zu welcher die Mitglieder des Ver-

ein hiermit eingeladen werden. : : :

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Die

Erbschaftsteuer.

Der Vorstand.

Bekanntmachung zum Kapitalertragsteuergesetz.

Das von der Nationalversammlung beschlossene Kapitalertrag-
steuergesetz verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schulden-
zinsen 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für
sie zuständige Finanzamt abzuführen. Dies gilt schon für alle
Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig werden, ebenso
wie für die später fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß
binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinsschuld entrichtet
werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläu-
bigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und
den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat.
Darlehenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 ge-
schuldet worden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich ver-
antwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorsätzlich oder fahr-
lässig nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung oder Steuer-
gefährdung strafrechtlich verfolgt werden.

Hat der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den
vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer
erhalten, so ist er seinerseits ebenso verpflichtet, die Steuer zu ent-
richten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt inner-
halb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Für Schuldzinsen, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind,
muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst
am 31. März oder später fällig werden.

Die Finanzämter sind verpflichtet, dem Gläubiger auf Ver-
langen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuer
ordnungsmäßig abgeführt hat.

Ansprüche auf Befreiung von der Steuer bedürfen besonderer
Anerkennung durch das Finanzamt.

Da die Geschäfte der Finanzkasse des Finanzamts Herford bis
auf weiteres die frühere Kreisasse befreit, so sind von den
Steuerpflichtigen des Stadtkreises und Landkreises Herford die
Steuerbeträge vorläufig bei der Finanzkasse (Kreisasse) in Her-
ford, Unter den Linden Nr. 22, einzuzahlen.

Herford, den 8. April 1920.

Finanzamt Herford.

Verein der Kunstfreunde.

Dienstag, 13. April 1920, abends 8 Uhr,
in Brinkmanns Saal:

Vortrags-Abend

von Dr. Ludwig Willner-Berlin.

Schiller. — Goethe. — Andersen.

Eintrittskarte für Mitglieder 3 Mark.
für Nichtmitglieder 5 „
für Schüler 2 „

Vorverkauf am **Sonnabend, den 10. April**, in
Menckhoffs Buch- und Kunsthandlung,
Der Vorstand.

Achtung!

Großer Wagenverkauf!

Wir haben einige **Ernte-Wagen**, fast neu, und einen
großen **Posten Federwagen**, Untergetriebe von 20—70
Zentner Tragkraft, wie neu, zu jedem annehmbaren Preis zu
verkaufen. Zu besichtigen von **heute mittag ab** auf
dem **Glückshaus** an der **Rampe**. Nachfragen bei
Wihelm Hümer, Johannisstr. 18.

Achtung!

Annahmestelle

Mit dem heutigen Tage eröffne ich eine

meiner Färberei und Reinigungsanstalt bei
Herrn Kaufmann **Heinrich Wiemann**,
Engerstr. 80 und bitte um gütigen Zuspruch.

C. Schultze, Färberei und Reinigungsanstalt,
Herford, Rennstrasse.

Wir kaufen
Papierabfälle aller Art
(alte Zeitungen, Bücher, Journale)
zu Tagespreisen.
Buchdruckerei Fr. Kuhle
Fernsprecher 83 und 151.

Rüffiger, pensionierter, mittlerer Beamter

(Lehrer, Bahn- oder Postbeamter.)
für Bearbeitung des Lohnwesens eines größeren Betriebes
gesucht. Zuschriften unter 7289 an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbitten.

In unser Handelsregister, Abt. A. Nr. 674 ist heute die am
1. April 1920 begonnene, offene Handelsgesellschaft unter der
Firma **„Meyer u. Kronsbein“** in Spenge eingetragen. Persönlich
haftende Gesellschafter sind 1. der Fabrikant Heinrich Meyer, 2. der
Kaufmann Heinrich Kronsbein, beide in Spenge.
Herford, den 8. April 1920.

Private Unterrichtsanstalten zu Bückeburg.

1. Vorbereitungsanstalt für alle Prüfungen.
 2. Höhere Handelsschule und Handelsschule mit volkswirtschaft-
lichen Kursen.
 3. Familien-Internat nach modernen Erziehungsgrundsätzen.
- Prospecte und Jahresbericht durch den Direktor.
Unterrichtsbeginn 15. April 1920.

Meine Fernsprecher Nummer ist
jetzt **230**
Willy. Rehs,
Damen Schneider.

Wäscherin
für unsere Wäscherei im
Hause zum sofort. Eintritt
gesucht.
J. Elsbach & Co.
(A. G.)

Näherinnen
für Damenwäsche evtl. zur Aus-
hilfe gesucht. Zur Erfragen in
d. Geschäftsst. d. Btg. unt. 7304.

Einfache Stütze
für Haushalt, 2 Personen, gegen
hohen Lohn gesucht. Zu erfr.
in d. Geschäftsst. d. Btg. unt. 7303.

**Arbeitsfrauen und
tüchtige Ausbilsteller**
gesucht. Beabsichtige die
Garbenderablage
auf dem Schützenhofe an zu-
verlässige Personen mit den nö-
tigen Hilfskräften zu vermitteln.
G. Stebbingh,
Schützenhof.

Für neue Sache wird redigew.
Vertreter gesucht.
Jed. Landwirt ist zu gewinnen.
Off. „Oek“, Halle/S. 11/117.

Nebenverdienst
bis 1000 M. monatl. zuhause,
ohne Vorkenntnisse. Näher:
auf briefl. Anfr. **S. Woehrel**
& Co., G. m. b. H., Berlin-
Lichterfeld, Postfach 489.

Zum baldigen Eintritt suche
ich für mein Kontor einen
Lehrling
mit guter Schulbildung. Grund-
liche Ausbildung wird zuge-
sichert.
Angebote erbitten unter 7229
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Tägl. 25 M. zu verdienen. Näh.
bis 25 M. im Prop. Joh. S.
Schulz, Adressenverf. Edin 214

Einheirat!
Zweijährig, 29 Jahre alt, auf
Gut in Pommern, sucht
Belanntschafft
mit Dame vom Lande, wo evtl.
Einheirat auf Hof möglich ist.
Weshalb oder Bitte. Ernst-
gem. Angebote unter 7258 an
die Geschäftsst. d. Btg. erbitten.

Chiromantie
(Handlinienlesen) Deuten nach
Karten, Photographien usw.
Wiesefeld, Ritterstr. 83.

Vom Hellenweg — Grünstraße
5 Stüd
Stechmiegelertragen
verloren. Abzug, in der Gefch.
dieser Zeitung.

**Spiegel u. Flurgar-
robe** mit Spiegel (neu) preis-
wert zu verkaufen. Nachfragen
in der Geschäftsst. dieser Zeitung
unter Nr. 7299.

Die erlauchte Person, die am
8. 4., abds. den **Fuchspelz**
an sich genommen hat, wird
gebeten, denselben gegen hohe
Belohnung im Fundbüro oder
in der Geschäftsst. d. Zeitung
abzugeben.

Für
Ziegen
oder **Ziegenlämmer**,
(Böckchen), lebend oder tot, so
wie für sämtliche Sorten **Felle**
zahle ich stets die allerhöchsten
Preise.

Juli. Wilh. Spanier,
Eisenbahnstraße 8, Telefon 422
Herford i. W.

**Kaufe tragende und
// Schlacht-Ziegen //**
sowie **Ziegenlämmer** (Böck-
chen) lebend u. geschlachtet, und
sämtliche Sorten **Felle**.
Zahle für alles enorm hohe
Preise.

M. Löwenstern,
Eisenstr. 35. Telefon 245

**Großer
politischer
Nachrichten-
dienst
Vossische
Zeitung**
Berlin

Ab 1. April monatl. 9 —
M. bei allen Verlagsstellen
und beim Verlag **Hilffeld**
& Co., Berlin SW. 68.

Anzeigen-Vermittlung

für alle auswärtigen Zeitungen

zu Original-Preisen übernimmt

Herforder Zeitung

für Stadt und Land / Rennstr.

Bekanntmachung.

Landkreis Herford.

Die bisherigen kreiswirtsch. Abteilungen des
Kreisausschusses führen fortan die Bezeichnung

„Kreisausschuss“.
Brief- oder andere Sendungen wollen man mit dieser
Schrift versehen.

Herford, den 7. April 1920.

Der Kreisausschuss.

Die Fetteinheit

Für diese Woche beträgt: 1) Auf die Margarinemarke Nr. 18 für
Fettverföhrungsberechtigte, 50 Gr. Margarine 1,10 M. 2) Auf die
Fettmarke Nr. 15 25 Gr. Butter 44 S. 3) Auf die Fettmarke
Nr. 16 50 Gr. Del 1,15 M. 4) Auf die Margarinemarke Nr. 18
für Selbstverföhrer 25 Gr. Margarine 55 S.

Herford, den 12. April 1920.

Kreisausschussamt des Landkreises Herford.

Krankenkasse.

Die Inhaber von Krankenkassenmarken werden darauf hingewiesen,
daß Krankenkassen bei der Frau Witwe Kowals, Wäderei in
Enger sowie bei der Zweigstelle des Herforder Konsumvereins in
Enger für dessen Mitglieder zu haben ist.

Enger, den 7. April 1920.

Der Amtmann. Engelhardt.

Bekanntmachung.

Zwecks Ausführung einer
Personalkarte für Kriegsbeschädigte
werden diejenigen Kriegsbeschädigten des Amtes Gohfeld-Mennig-
hüffen, für welche eine Personalkarte bisher nicht ausgestellt worden
ist, ersucht, sich, wie folgt, im hiesigen Amtsbüro, Zimmer Nr. 1,
— Wohlfahrtsamt — einzufinden:

Löhne am 12. und 13. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Obenbeck am 14. und 15. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Mennigshüffen am 16. und 17. April 1920, vorm. 8—11 Uhr.
Bischofshegen am 19. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Depenbeck am 20. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Jollenbeck am 21. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Melsbergen am 22. April 1920, vormittags 8—11 Uhr.
Militär- und Versorgungspapiere sind mitzubringen.
Abhne, den 6. April 1920.

Wohlfahrtsamt des Amtes Gohfeld-Mennigshüffen.
d. der Boed, Amtmann.